

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 14. November 2017, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Anwesend 34 es fehlen

Stadtverordnetenvorsteher: Burckart, Ralf

Stadtverordnete: Arnold, Jürgen (entschuldigt)
Bausch, Hans
Bork, Anneliese
Buchborn-Klos, Ellen
Geiselbrechtinger, Renate
Globuschütz, Axel
Dr. Goll, Michaela
Hansmann, Dirk
Heine, Volker
Hille, Frank
Hoth, Wolfgang
Koch, Gisela
Lang, Gudrun
Lenz, Karin
Dr. Lenz, Ulrich
Leun, Manfred
Lodde, Franziska
Lodde, Hendrik
Löser, Friedel
Markgraf, Antje
Markgraf, Uwe
Nöh, Burkhard
Reinwald, Peter
Rippl, Frank
Schaffer, Franziska
Schaffer, Joachim
Schimmel, Dirk
Dr. Schütz, Christof
Schwarz, Werner
Steinberg, Tim-Ole (entschuldigt)
Utschig, Thomas (entschuldigt)
Wedemann, Fabian
Weigel, Lothar
Weitze, Alisha
Weitze, Sigrid
Dr. Worm, Heinz-Lothar

Magistrat: Bürgermeister König, Jörg
Erster Stadtrat Arnold, Norbert
Stadtrat Altenheimer, Thomas
Stadträtin Braun, Petra
Stadtrat Deeg, Sven

Stadtrat Gath, Wolfgang
Stadtrat Krapf, Reinhold
Stadtrat Trinklein, Gerhard
Wolter, Michael

Ausländerbeiratsvorsitzender: Abrahamian, Abraham (entschuldigt)

Frauenbeauftragte: --

Jugendvertretung: --

Gäste: Frau Licher (Planungsbüro Holger Fischer)
Frau Färber (Planungsbüro Holger Fischer)

Verwaltung: Patrick Retzer

Presse: Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine)
Soßdorf, Rüdiger (Gießener Allgemeine)
Weißborn, Ernst Walter (Gießener Anzeiger)
Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)

Zuhörer: 5

Protokollantin: Renate Wolf

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Verabschiedung des ehrenamtlichen Stadtrates Robert Kreuzinger-Ibe
3. Ernennung, Vereidigung und Einführung des nachrückenden ehrenamtlichen Stadtrates
4. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
5. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

6. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“, 1. Bauabschnitt – 3. Änderung
(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)
- Magistratsvorlage Nr. 045/16/21 -
7. Änderung der §§ 3 und 10 der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Nr. 044/16/21 -
8. Beschlussfassung über die 2. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017
- Magistratsvorlage Nr. 041/16/21 -

9. Prüfantrag hinsichtlich der Kindertagesstättenbeiträge ab dem Betreuungsjahr 2018 / 2019
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/16/21 -
10. Förderung und Etablierung von Blühstreifen und -flächen in Linden „Bienenfreundliche Stadt“
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 049/16/21 -
11. Prüfauftrag hinsichtlich der Barrierefreiheit von städtischen Liegenschaften
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 050/16/21 -
12. Einbringung der 3. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017
- Magistratsvorlage Nr. 046/16/21 -

Kenntnisnahmen:

13. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
 - a1) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich öffentlichen Wege im Außenbereich
 - a2) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Kleingärten für Lindener Bürger in innerstädtischen und städtischen Randbereichen – Flächenkapazitäten der Stadt Linden
 - a3) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Energetisches Linden“;
hier: Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kindertagesstätte Regenbogenland
 - a4) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Energetisches Linden“;
hier: Energiebericht 2016
 - a5) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Ökologisches Linden“;
hier: Deckensanierung an den Kindertagesstätten Bahnhofstraße und Obergasse
 - a6) Berichtsantrag zum Status der Wegeparzellen in der landwirtschaftlichen Fläche der Stadt Linden
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 048/16/21 -
14. Verschiedenes

Zu TOP 1:

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 12. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass sich innerhalb des Parlamentes einige Veränderungen ergeben haben. Herr Seim hat aus beruflichen Gründen sein Mandat niedergelegt; als Nachrücker ist Frau Ellen Buchborn-Klos neu im Parlament.

Frau Kühne hat ihr Mandat ebenfalls niedergelegt; als Nachrücker ist Frau Sigrid Weitze neu im Parlament.

Als Nachfolger für Herrn Braun ist Herr Georg Granzer neu im Parlament.

Aufgrund der Tatsache, dass Herr Kreuzinger-Ibe sein Mandat als Stadtrat niedergelegt hat, rückt Herr Wolter in den Magistrat nach. Als Nachrücker für Herrn Wolter ist Herr Axel Globuschütz neu im Parlament. Er wünscht allen „Neulingen“ viel Erfolg und Spaß in ihrem neuen Amt.

Traditionsgemäß gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher danach allen Parlamentariern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergibt sich folgende Änderung:

Herr Hille erinnert an den in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Antrag seiner Fraktion (Fa-045-16-21); dieser wurde auch im Fachausschuss beraten, fehlt heute aber auf der Tagesordnung. Er stellt daher den Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung.

Laut Stadtverordnetenvorsteher Burckart wurde darüber bereits im Ältestenrat gesprochen; hierfür ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Die Abstimmung hierüber ergibt einstimmige Annahme; somit wird als TOP 12 der CDU-Fraktionsantrag Nr. 045-16-21 aufgenommen – die Tagesordnung ändert sich entsprechend.

Zu TOP 2

Verabschiedung des ehrenamtlichen Stadtrates Robert Kreuzinger-Ibe

Stadtverordnetenvorsteher Burckart möchte diesen Tagesordnungspunkt verschieben, da Herr Kreuzinger-Ibe im Urlaub weilt. Dies wird dann in der nächsten Stadtverordnetenversammlung nachgeholt.

Zu TOP 3

Ernennung, Vereidigung und Einführung des nachrückenden ehrenamtlichen Stadtrates

Bgm. König liest die Ernennungsurkunde für den neuen ehrenamtlichen Stadtrat Wolter vor; diese wird dann von ihm unterzeichnet. Anschließend nimmt Stadtverordnetenvorsteher Burckart die Vereidigung vor.

Zu TOP 4

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Hierzu liegen keine Fragen vor.

Zu TOP 5

Berichterstattung durch den Magistrat

Bahnviadukt

Bgm. König teilt mit, dass hierfür der Förderbescheid in Höhe von 429.000,00 € bei der Stadt Linden eingegangen ist. Damit minimieren sich die städtischen Kosten, so dass davon auszugehen ist, dass diese unter 500T€ liegen werden.

Förderantrag Radweg

Auch für den Radweg Großen-Linden-Hörnsheim wurde ein Förderantrag gestellt. Dieser Radweg wäre ein wichtiger Lückenschluss im Radwegenetz.

Radständer

Der Bauhof verbaut derzeit die geforderten Radständer an der TV-Halle und der Volkshalle; vor der Badesaison wird dies auch noch im Schwimmbad der Fall sein.

Hartplatz Gr.-Lindener

Auf dem Hartplatz in Großen-Linden haben durch den Bauhof Sanierungsarbeiten begonnen; diese gestalten sich allerdings aufgrund vorhandener Pflanzen etwas aufwendiger als ursprünglich gedacht. Die Platzkapazität wird benötigt, da immer mehr Jugendliche im Sportverein aktiv werden möchten.

Bruchsteinmauer Friedhof Leihgestern

Auf dem Friedhof Leihgestern wurde die Bruchsteinmauer zu den Anwesen Kirchstraße 6, 8 und 10 saniert. Hierbei konnte auch der neue Auszubildende des Bauhofes mitwirken.

Hilfspolizeibeamter

Der Magistrat hat sich entschlossen, den derzeit für die Stadt tätigen Hipo im Rahmen einer Befristung zu engagieren. Die Befristung ist erforderlich, da Herr Koch noch immer erkrankt ist und somit die Stelle für ihn weiter vorgehalten werden muss.

Funpark

Dort konnte im großen Saal eine abgeschlossene Fahrradwerkstatt etabliert werden. Der verbleibende Teil des Raumes ist noch groß genug, damit auch weiterhin alle vorgesehenen Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Ratsinformationssystem

Hier ist der erforderliche Vertrag unterzeichnet und auch die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Es haben entsprechende Gespräche mit Somacos stattgefunden; am kommenden Montag wird eine Telefonkonferenz zwischen Somacos und städtischen Bediensteten stattfinden, um die erforderlichen Daten einzupflegen.

Stadtentwicklungskonzept

Hier wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt; danach haben sich diverse Firmen im Magistrat vorgestellt. Eine Ausschreibung wurde danach auch vorgenommen, so dass davon auszugehen ist, dass noch in diesen Monat eine Beauftragung erfolgen kann.

Haushaltsvollzug

Dieser Bericht wurde schriftlich verteilt. Es ist ein positiver Bericht, der dann aber auch nach sich zieht, dass im kommenden Jahr mit keinen Schlüsselzuweisungen zu rechnen ist.

Zum Bericht des Magistrats ergibt sich folgende Wortmeldungen:

Herr Dr. Schütz möchte wissen, ob der Bewilligungsbescheid für das Viadukt eine zeitliche Begrenzung enthält und wenn dem so ist, wie lange ist diese und was passiert, wenn dies nicht eingehalten wird?

Laut Bgm. König ist eine zeitliche Begrenzung vorhanden; allerdings soll im nächsten Jahr diese Maßnahme seitens der Bahn auf den Weg gebracht werden.

Beschlüsse:

Zu TOP 6

**Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“, 1. Bauabschnitt – 3. Änderung
(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)
- Magistratsvorlage Nr. 045/16/21 -
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Bgm. König übergibt hierzu das Wort an Frau Licher vom Planungsbüro Holger Fischer, da im Ausschuss eine gewisse Problematik bezüglich des Aufstellungsbeschlusses und dessen nicht erfolgter Veröffentlichung diskutiert wurde.

Frau Licher erläutert noch einmal kurz das durchgeführte Verfahren. Die betroffene Öffentlichkeit, die Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden angeschrieben; hatten eine 3-wöchige Frist zur Stellungnahme. Von der betroffenen Öffentlichkeit spricht man deshalb, da diese genau benannt werden konnte. Das Baugesetzbuch bietet diese Möglichkeit der Durchführung des Verfahrens und um auch die Fristen für die Sitzungen einhalten zu können, hat man diese Art gewählt.

Herr Leun bestätigt die Aussagen von Frau Licher; die Rechtslage ist eindeutig – es besteht kein Verfahrensfehler.

Herr Dr. Schütz erklärt, dass man im Ältestenrat dies auch noch einmal erörtert hat. Es sei etwas unglücklich, dass dieser Passus in der Vorlage enthalten war – man hätte ihn einfach rauslassen sollen. Es sehe politisch nach außen hin nicht so gut aus; daher bittet er auch darum, im Protokoll festzuhalten, dass dies keine negativen Auswirkungen auf die Rechtswirksamkeit des Planes habe.

Hierzu erklärt Frau Licher erneut, dass das Fehlen der Veröffentlichung des Aufstellungsbeschlusses keine negativen Auswirkungen auf die Rechtskraft des Plans hat.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat bei 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Dr. Schütz erklärt für seine Fraktion, dass man trotz allem der Vorlage nicht zustimmen werde, da die Vorgehensweise nicht korrekt war. Grundsätzlich sei man aber mit dem Bau einverstanden.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 045/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: 4

Somit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 7

**Änderung der §§ 3 und 10 der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Linden
- Magistratsvorlage Nr. 044/16/21 -**

Bgm. König erklärt, dass es hier nicht um eine Erhöhung der Steuer an sich geht. Es ist nur ein kleiner redaktioneller Fehler vorhanden gewesen, der mit dieser Änderung beseitigt werden soll.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 9 Ja-Stimmen Beschlussempfehlung ausgesprochen. Herr Leun betont, dass es zwar richtig sei, was Bgm. König erklärt hat, aber verfahrenstechnisch sei diese Änderung nicht korrekt. Er erläutert die richtige Vorgehensweise (Darstellung der Veränderungen im Wege eines Artikelgesetzes).

Bgm. König dank für den Hinweis.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 044/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 8

Beschlussfassung über die 2. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017

- Magistratsvorlage Nr. 041/16/21 -

Bgm. König erklärt, dass es hierbei ausschließlich um Änderungen im Stellenplan geht.

Der Ausschuss für JSSK hat bei einer Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 9 Ja-Stimmen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Frau Lang erklärt für ihre Fraktion, dass man der Vorlage zustimmen werde, da alle von ihnen gestellten Anträge entsprechend eingearbeitet wurden.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 041/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 9

Prüfantrag hinsichtlich der Kindertagesstättenbeiträge ab dem Betreuungsjahr 2018 / 2019

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/16/21 -

Frau Dr. Goll bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Frau Lodde erklärt, dass es sich um einen Prüfantrag handelt und daher erhebe man keine Einwände.

Herr Leun erklärt, dass es für ihn nicht nachvollziehbar ist, was der Magistrat hier prüfen soll, wenn die Landesregierung noch nichts veröffentlicht hat.

Für Bgm. König ist der einzige Knackpunkt des Antrages der letzte Satz („Der Bericht ist vor Einbringung des HH 2018 vorzulegen“). Bis dahin habe man nur 4 Wochen Zeit und habe dann noch nicht alle Eckdaten seitens der Landesregierung vorliegen. Auch das Land habe noch Zeit gegeben bis zum 01.08.2018, dies alles entsprechend umzusetzen. Man müsse hier auch die Elternbeiräte einbinden usw.

Frau Lang erklärt, dass man nicht in Gänze wissen wolle, was dies für die Eltern bedeute, sondern was es die Stadt kostet, wenn die Elternbeiträge entfallen und das Land den Ausgleich zahlt. Daher wäre eine zeitnahe Beantwortung erforderlich.

Laut Bgm. König befinde man sich jetzt noch in einem sogenannten rechtsfreien Raum. Man müsse ohnehin prüfen und diskutieren und dann ggf. eine entsprechend neue Satzung auf den Weg bringen. Einschätzungen von heute könnten dann den tatsächlichen Gegebenheiten widersprechen. Selbstverständlich werde man die Informationen so zeitnah als möglich weitergeben.

Frau Dr. Goll erklärt daraufhin, dass der Prüfantrag dahingehend abgeändert wird, als dass dieser Bericht „so bald als möglich“ vorgelegt wird.

Die Abstimmung über den im Wortlaut geänderten Antrag ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 10

Förderung und Etablierung von Blühstreifen und -flächen in Linden „Bienenfreundliche Stadt“ - Antrag SPD-Fraktionsantrag Nr. 049/16/21 –

Frau Markgraf bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Herr Rippl ist über diesen Antrag etwas verwundert; dieser hätte eigentlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommen müssen. Ansonsten ist der Antrag in Ordnung. Er selber habe mit dem Förster darüber gesprochen und ist zu der Auffassung gekommen, hier entsprechende Fachkräfte einzubinden und in die entsprechenden Ausschüsse weiterzuleiten. Es wäre ja auch wichtig und interessant zu wissen, wie sich derartige Dinge auf die Kostenstruktur auswirken.

Herr Dr. Schütz erklärt ebenfalls, dass seine Fraktion diesen Antrag gut findet. Es sei doch ein Glück, dass in Linden das Parlament im Großen und Ganzen gut zusammenarbeite.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ist der Auffassung, dass dies kein klassischer Prüfantrag sei und er es so verstanden habe, dass dies zunächst in die Ausschüsse soll, um weitere Infos einzuholen.

Herr Hille möchte den Antrag noch einmal genauer erläutern. Grundaussage des Antrages ist gut, gleichwohl sind Fragen offengeblieben und im Parlament sollte nichts beschlossen werden, wenn die Folgekosten noch nicht bekannt sind. Daher ist auch er der Meinung, dass sich hiermit der Fachausschuss befassen müsse.

Laut Frau Lang sei der Antrag doch eindeutig und klar definiert gestellt. Bevor er in den Ausschuss kommt, muss der Magistrat diesen Arbeitsauftrag abarbeiten. Danach kann er dann in den Ausschuss.

Auch Herr Reinwald erklärt, dass man den Antrag unterstützen werde. Gleichwohl ist er auch der Auffassung, dass er zuerst in den Ausschuss bzw. die Ausschüsse muss (Kostenfrage).

Herr Dr. Schütz ist froh, dass insgesamt Einigkeit darüber herrsche, dass dies eine gute Idee sei. Formal sei es eine Mischung aus einem Prüfantrag und einem Beschlussantrag. Auch er ist für eine Verweisung in die Ausschüsse.

Herr Bausch stimmt dem zu, zumal noch einige rechtliche Dinge zu prüfen seien. Hier würden auch EU-Richtlinien greifen und dies müsse vorher geklärt werden.

Frau Lang stimmt dann einer Verweisung in den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt und den Haupt- und Finanzausschuss zu.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass dies dann in den Ausschüssen vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung beraten werden soll.

Zu TOP 11

Prüfauftrag hinsichtlich der Barrierefreiheit von städtischen Liegenschaften - Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 050/16/21 -

Herr Dr. Schütz bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Bgm. König bedankt sich für diesen Antrag und teilt mit, dass man bereits diesbezüglich in Planungen eingestiegen sei. Es wird überprüft, was innerhalb des Rathauses zu verändern ist (Fahrstuhl) und wie sich die Kosten darstellen. Beim Zugang Friedhof Leihgestern ist „nur“ ein „Barriere armer Zugang“ möglich, da hier die Denkmalschutzbehörde Einwände gegen die bisherigen Planungen erhoben hat. Auch die entsprechenden Veränderungen von Bushaltestellen sind zahlenmäßig schon im HH enthalten.

Herr Leun erklärt u.a. zu diesem Antrag, dass diese Anträge nicht unterschrieben sind und somit eigentlich nicht beraten werden könnten.

Herr Dr. Schütz dankt für diese formale Anmerkung, allerdings trifft ihn dieser „Fehler“ nicht. Er habe die Anträge in der Ältestenratssitzung unterzeichnet und warum diese dann so nicht weitergeleitet wurden, entzieht sich seiner Kenntnis.

Laut Stadtverordnetenvorsteher Burckart sei dies ein Prüfantrag an den Magistrat und müsse in den Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 050/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 12

Anschaffung von Spielgeräten für Kinder mit Behinderung (CDU-Fraktionsantrag Nr. 045/16/21)

Herr Dr. Worm erläutert noch einmal kurz den Antrag.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Schimmel möchte wissen, ob in diesem Zusammenhang auch daran gedacht wurde, behindertengerechtes Spielgerät für die städtischen Kindergärten anzuschaffen. Dies wäre ein sinnvoller Folgeantrag.

Laut Bgm. König habe man daran gedacht und sei auch schon in der Umsetzung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass noch nichts konkret angeschafft werden soll; der Magistrat soll prüfen, wo welche entsprechende Geräte angeschafft werden sollen und können.

Die Abstimmung über den Antrag ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 13

Einbringung der 3. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017

- Magistratsvorlage Nr. 046/16/21 -

Bgm. König bringt die 3. Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2017 ein; dies betrifft die Sporthalle der Anne-Frank-Schule. Der Vertragsentwurf wird demnächst vorgelegt; er wurde noch einmal durch den HSGB geprüft. Desweiteren geht es um die Anschaffung eines E-Autos.

Herrn Dr. Schütz ist klar, dass hier keine Aussprache erfolgt; er möchte aber auf einen formalen Fehler hinweisen. Im Beschlussantrag sind noch Textteile aus dem 2. Nachtrag enthalten; dies muss entsprechend geändert werden.

Kenntnisnahmen:

Zu TOP 14

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

a1) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich öffentlichen Wege im Außenbereich

a2) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Kleingärten für Lindener Bürger in innerstädtischen und städtischen Randbereichen – Flächenkapazitäten der Stadt Linden

**a3) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Energetisches Linden“;
hier: Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kindertagesstätte Regenbogenland**

**a4) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Energetisches Linden“;
hier: Energiebericht 2016**

**a5) Anfrage der Fraktion B90/GRÜNE zum Thema „Ökologisches Linden“;
hier: Deckensanierung an den Kindertagesstätten Bahnhofstraße und Obergasse**

a6) Berichts Antrag zum Status der Wegeparzellen in der landwirtschaftlichen Fläche der Stadt Linden

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 048/16/21 -

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass die Antworten schriftlich vorgelegt wurden. Damit aber auch die Zuhörer wissen, um was es geht, werden Anfrage und Antwort entsprechend vorgelesen.

Herr Dr. Schütz wünscht die Aussprache zu TOP 14 - a4 – Energiebericht 2016.

Im letzten Jahr habe man bereits darüber diskutiert, dass der zeitliche Ablauf nicht gerade hervorragend gewesen sei und jetzt habe man schon wieder November und der Bericht sei immer noch nicht fertig. Auch wurde die Frage nicht beantwortet, was dem entgegensteht, dass dieser nicht fertig gestellt wird.

Bgm. König erklärt, wenn er 10 Mitarbeiter mehr hätte, könne er diese daransetzen, um den Energiebericht 2016 fertig zu stellen. Die im Rathaus dafür zuständige Stelle ist mit 30 Stunden besetzt und hier sind noch diverse Fristen zu erledigen. Man solle aber auch noch daran denken, dass der Energiebericht früher fremdvergeben war und es da auch ein bis zwei Jahre gedauert hat, bis dieser vorgelegt wurde. Er gehe aber davon aus, dass er im Rahmen der HH-Diskussionen vorgelegt werden kann.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erinnert sich daran, dass im vergangenen Jahr das Lob sehr groß war, dass die Mitarbeiterin des Rathauses einen wesentlich übersichtlicheren und transparenten Energiebericht vorgelegt hat. Und daher sollte man diesen Weg beibehalten; auch er glaubt das dies zeitnah erledigt werden kann.

Herr Reinwald führt aus, dass es keine Absicht von antragstellenden Personen ist, die Verwaltung zu belästigen oder unsinnigen Nachfragen zu stellen. Allerdings muss einmal klar gesagt werden, insbesondere, wenn man sich die Antworten auf die gestellten Fragen ansieht, dass man damit einen politischen Prozess in den Fraktionen anstoßen wolle. Die gegebenen Antworten sollen dann zu Diskussionen führen und damit eventuelle Folgeanträge auslösen. Wenn man dann aber gar keine Antworten oder nur teilweise oder ausweichende Antworten bekommt (er nennt diverse Beispiele), dann stellt sich für ihn die Frage, was er hier (in seiner Freizeit) eigentliche tue und dann mache die Arbeit hier im Parlament keinen Spaß.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart geht davon aus, dass dies vom Magistrat und der Verwaltung dann so zur Kenntnis genommen und entsprechend bearbeitet wird.

Zu TOP 15

Verschiedenes

Baugebiet Nördlich Breiter Weg – Beleuchtung

Herr Dr. Schütz möchte wissen, warum dort die Beleuchtung an ist; ob es hier gesetzliche Vorgaben gebe.

Bgm. König wird dies prüfen lassen; das Baugebiet gehört noch der HLG und es könnte aber auch sein, dass haftungsrechtliche Gründe dafür vorhanden sind.

Wettbürosteuer

Herr Leun bittet zu überdenken, dass die Satzung zur Wettbürosteuer in der derzeitigen Form rechtswidrig ist; sie wurde trotzdem in Kraft gesetzt und nun müsse sie auch erfüllt werden. Es ginge nicht, dass man in der Stadtverordnetenversammlung sage, man warte erst einmal ab. Es müsse irgendwann eine Aufhebungssatzung beschlossen werden.

Bgm. König gibt Herrn Leun Recht; man sei auch schon dabei, eine Aufhebungssatzung auf den Weg zu bringen. Da diese Satzung nach der Mustersatzung des HSGB aufgestellt wurde, habe er dort nach einer neuen Mustersatzung gefragt. Diese werde vorgelegt, sobald die Urteilsbegründung bekannt sei.

Wasserleitung Nördlich Breiter Weg

Herr Bausch erklärt, dass man aus der Presse entnehmen konnte, dass die Wasserleitung im neuen Baugebiet falsch verlegt wurde. Wer sei dafür verantwortlich? Es habe doch auch seitens der Stadt eine Bauüberwachung stattgefunden oder sei dies Sache der HLG. Kommen hier Kosten auf die Stadt zu und was bedeutet dies für die Bauherren, wenn sich dadurch deren Bauvorhaben verzögere.

Bgm. König teilt mit, dass entgegen erster Erwartungen, die Leitung doch nicht überall so dicht an den Grundstücksgrenzen verlaufen ist.

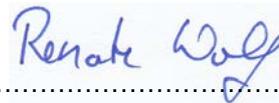
Verantwortlich dafür ist die HLG als Grundstückseigentümer; hier wurde aber bereits Abhilfe geschaffen. Dementsprechend entstehen auch für die Stadt keine zusätzlichen Kosten; diese trägt die Baufirma. Auch kommt es dadurch nicht zu Bauverzögerungen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erinnert an die Anmeldung zum Parlamentarischer Abend.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr



.....
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher



.....
Renate Wolf, Protokollantin